



GGK

Ost-West Konflikt

Blockbildung und Entstehung des Ost-West-Konfliktes nach 1945

Die Leitsätze der amerikanischen Außenpolitik nach 1945 befassten sich stark mit der „Containment Politik“, also der Eindämmung des Kommunismus. Dies wurde als nötig erachtet, da von einem Domino-Effekt ausgegangen wurde, also sobald ein Land kommunistisch wurde, würden die Nachbarländer unweigerlich folgen. Um dies zu verhindern, wurde unter anderem die NATO gegründet, um Staaten unter den festen Einfluss des westlichen Kapitalismus zu bringen. Im Gegenzug gab es auf der kommunistischen Seite den Warschauer Pakt. Nach dieser Blockbildung kam es zu einem stetigen Wettrüsten zur Sicherung des eigenen Machtgebietes.

Heiße Kriege im Kalten Krieg

Koreakrieg (1950-1953)

Nordkorea wollte eine Wiedervereinigung Koreas unter nördlicher Führung erzwingen und griff Südkorea an. Der Süden wurde von den U.S.A. unterstützt, während der Norden von China und der UdSSR unterstützt wurde. Es kam auf der Mitte der Insel zu einem verlustreichen Stellungskrieg, bis ein Waffenstillstand geschlossen wurde, der bis heute gilt.

Vietnamkrieg (Anfang 60er – 1973)

Nach dem Indochinakrieg wurde Vietnam in einen kommunistischen Norden und in einen kapitalistischen Süden geteilt. Der Norden wollte die Regierung im Süden stürzen und ebenfalls zum Kommunismus konvertieren. Als 1964 ein amerikanisches Kriegsschiff von den Nordvietnamesen attackiert wurde griffen die U.S.A. massiv in den Krieg ein, unterstützen Südvietnam und bombardierten Nordvietnam. Ab 1965 unterstützten China und die UdSSR den Norden, bis die U.S.A. einsehen mussten, dass sie unterlegen waren und sich aus dem Krieg zurückzogen.

Kubakrise (Oktober 1962)

Als Fidel Castro die Diktatur auf Kuba stürzte und eine kommunistische Regierung einrichtete, war sie aufgrund eines Embargos der U.S.A. auf die Hilfe der Sowjetunion angewiesen. Diese plante als Reaktion auf US-Amerikanische Raketenstellungen in der Türkei nukleare Raketen auf Kuba zu stationieren. Daraufhin errichteten die U.S.A. eine Seeblockade zu Kuba. Nach mehreren Zwischenfällen, die einen Krieg immer wahrscheinlicher werden ließen, gab es ein Telefonat zwischen den beiden Präsidenten und dank der Mediation Robert Kennedys wurden die Raketenstellungen abgebaut. Das „Gleichgewicht des Schreckens“ blieb aber bis zu den SALT-Verträgen 1971 erhalten.



Text „Zwischen Spannung und Entspannung“

Im Kalten Krieg kam es zu einer Revolution Ungarns verbunden mit einem Beinahe-Austritt aus dem Warschauer Pakt. Diese Situation lässt sich in drei Phasen aufgliedern:

Phase 1:

Am 23. Oktober 1956 gab es einen friedlichen Protest von Studenten, die freie Wahlen, gleichberechtigte Beziehungen zur Sowjetunion etc. forderten. Der Staatssicherheitsdienst eröffnete das Feuer auf die Demonstranten und es kam zu einem einwöchigen Straßenkampf, bis sich die Sowjetischen Besatzungstruppen zurückzogen. Daraufhin setzten die Revolutionäre eine Koalitionsregierung unter Imre Nagy ein, welche die Bürger- und Freiheitsrechte wieder in Kraft setzten.

Phase 2:

Diese Phase war sehr trügerisch, denn Moskau gab sich zuerst verständnisvoll, doch ab dem 31. Oktober bereitete der Kreml bereits eine Intervention vor. Schließlich verkündete die neue Regierung Ungarns den Austritt aus dem Warschauer Pakt und die Neutralität des Landes. Phase 2 dauerte nicht mal eine Woche.

Phase 3:

Am 4. November Attackierte die Sowjetunion Budapest mit massiver Feuerkraft und brach den Widerstand innerhalb von 10 Tagen mit großen Verlusten auf beiden Seiten (2.500 tote und 180.000 geflüchtete Ungarn, 700 tote Sowjets). Die nun eingesetzte Marionettenregierung brach über mehrere Monate hinweg auch den letzten Widerstand innerhalb des Landes (229 Hinrichtungen, 14.000 Verhaftungen).

Gründe für die Revolution:

Der Grund für die Revolution lag keinesfalls an Armut, sondern vielmehr an einem zu hohen Maße der Bevormundung und geistiger Unfreiheit.

Bis heute ist man sich nicht sicher, warum der Kreml so unsicher war und wie die Zukunft mit der Koalitionsregierung ausgesehen hätte.



Mehr Zusammenfassungen von Malte Jakob findest du hier:

Ost-West Konflikt und Deutschland bis 1949

Weltpolitische Rahmenbedingungen

- Kapitulation Deutschlands und Japans
- Unterschiedliche Interessen der Siegermächte
- Gegensätzliche Wirtschaftsformen
 - Freie Marktwirtschaft vs. Planwirtschaft

Bruch der Anti-Hitler-Koalition

Westmächte (Frankreich, Großbritannien, U.S.A.) vs. Sowjetunion

→ Ost-West Konflikt und Kalter Krieg

Siegermächte in Deutschland

- | | |
|--|---|
| <ul style="list-style-type: none"> • Einteilung in Besatzungszonen • Alliierten Kontrollrat | <ul style="list-style-type: none"> • Sowjetische Zone |
| <ul style="list-style-type: none"> • Westzone (Trizone/Bizone) <ul style="list-style-type: none"> ○ Marshallplan ○ Währungsreform ○ Soziale Marktwirtschaft | <ul style="list-style-type: none"> • Währungsreform • Planwirtschaft |
| <u>Bundesrepublik Deutschland (1949)</u> | <u>DDR (1949)</u> |
| <ul style="list-style-type: none"> • Ausarbeitung einer Verfassung • Freie Wahlen | <ul style="list-style-type: none"> • Verfassung der DDR • Einheitsliste ohne echte Wahlentscheidung |

Der Wiederbeginn des politischen Lebens in Deutschland nach 1945

- | | |
|---|--|
| <ul style="list-style-type: none"> • Zulassung von Parteien ab Herbst 1945 <ul style="list-style-type: none"> ○ CDU
Konservativ, Vereinigung von Katholiken und Protestanten (Konrad Adenauer) ○ CSU
Ähnlich CDU, betont aber die Eigenstaatlichkeit Bayerns ○ SPD
Demokratischer Sozialismus ○ FDP
Zusammenschluss liberaler Gruppierungen im Jahr 1948 ○ Weitere Parteien
u.a. KPD, SRP (beide heute verboten) • Demokratisierung / Herausbildung eines Mehrparteiensystems | <ul style="list-style-type: none"> • Zulassung von Parteien ab Juni 1945 <ul style="list-style-type: none"> ○ CDU ○ SPD ○ KPD ○ LDPD (Liberale) • Juli 1946 schließen sich Parteien zum „Antifaschistischen Block“ unter der Führung der KPD zusammen • April 1946 Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur SED (Sozialistisch Einheitspartei Deutschlands) • Schrittweise Eliminierung der Parteien, Herausbildung eines Einparteiensystems |
|---|--|





Mehr Zusammenfassungen von Malte Jakob findest du hier:

Marshallplan

Der Marshallplan war ein wirtschaftliches Wiederaufbauprogramm der U.S.A., das der Krise des nach dem Krieg zerstörten Europa entgegenwirken sollte. Zudem wollte man damit die Vorherrschaft der Sowjetunion einschränken und einen Absatzmarkt für amerikanische Güter in europäischen Ländern schaffen. Das sowjetische Reich sah den Plan als Gefahr für seine Macht über die osteuropäischen Staaten, die unter seiner Herrschaft lagen. Es verbot diesen Ländern daher die Beteiligung am Marshallplan.

Berlin-Blockade

1948 kam es zur Berlin-Blockade, die als Beginn des kalten Krieges angesehen wird. Sowjetische Truppen besetzten West-Berlin und schnitten es von der Außenwelt ab. Damit wollten sie den Rückzug der Alliierten durchsetzen. Die Westmächte errichteten daraufhin die „Berliner Luftbrücke“, die eine Versorgung der Menschen durch Flugzeuge gewährleistete. Die UdSSR zog sich im Mai 1949 aus Westberlin zurück.

Fakten zur Deutschen Nachkriegszeit

1. Am 8. Mai 1945 endete der Zweite Weltkrieg offiziell – Deutschland unterzeichnete die militärische Kapitulation
2. Deutschland wurde in vier Besatzungszonen aufgeteilt
3. Diese Besatzungszonen gehörten zu Frankreich, England, den U.S.A. und der Sowjetunion. Frankreich erhielt aufgrund des geringsten Einflusses das kleinste Besatzungsgebiet
4. Unmittelbar nach Kriegsende wurde Berlin aufgeteilt
5. An der 1. Nachkriegskonferenz in Potsdam im Sommer 1945 nahmen Stalin, Truman und Churchill teil
6. In dieser Konferenz wurde unter anderem entschieden über: Reparationsleistungen, die 4 Ds, Grenzziehungen und die Ostgrenze
7. In Nürnberg fand 1945 ein Prozess gegen die NS-Kriegsverbrecher statt. Dieser Prozess war allerdings mehr Schein als Sein.
8. Ein Persilschein war zu damaliger Zeit eine Versicherung, kein Nationalsozialist gewesen zu sein
9. Als „DP“ (Displaced People) wurden ehemalige Zwangsarbeiter und Überlebende der Konzentrationslager bezeichnet

Die Stalinnote

Ein Angebot Stalins von 1952 sah vor, Deutschland als neutrales Land wiederzuvereinigen. Bis heute ist in der Forschung umstritten, ob es sich bei dem Angebot Stalins um eine echte Chance handelte. Die Adenauer-Regierung und die bürgerliche Mehrheit im Bundestag hielten unbeirrt an dem Vorrang der Westintegration der Bundesrepublik fest.



Mehr Zusammenfassungen von Malte Jakob findest du hier:



Inhalte der Stalinnote

Politische Leitsätze:

1. Deutschland wird als einheitlicher Staat wiederhergestellt.
2. Sämtliche Streitkräfte der Besatzungsmächte müssen innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten abgezogen werden.
3. Dem deutschen Volk müssen demokratische Rechte gewährleistet sein.
4. Freie Betätigung der demokratischen Parteien.
5. Friedens- und Demokratiefeindliche Organisationen dürfen nicht bestehen.
6. Alten (nicht verurteilten) Nazis müssen die selben Rechte wie allen anderen zugestanden werden.
7. Deutschland darf nicht Teil einer Koalition/eines Bündnisses werden, das sich gegen einen ehemaligen Kriegsfeind richtet.

Militärische Leitsätze:

1. Deutschland darf eigene nationale Streitkräfte besitzen.
2. Deutschland darf Kriegsmaterial und –ausrüstung in angemessenem Maße produzieren.

Antwort der Amerikaner

Die US-Amerikanische Regierung lehnte den Vorschlag ab, da:

1. Die Regierung noch in getrenntem Zustand gewählt werden müsse und seitens der DDR eine Manipulation der Wahlen nicht auszuschließen war
2. Der Vorschlag keinen Hinweis auf die internationale Stellung der neuen Regierung enthielt
3. Deutschland Bündnisse eingehen dürfen sollte, da dies der wahre Weg zum Frieden sei (sofern die Ziele mit denen der NATO übereinstimmten)

Deutschlands Kommentar unterstütze die Antwort der U.S.A.

Soziale Marktwirtschaft gegen Planwirtschaft

Planwirtschaft der DDR

Zentrale Planung stets unter demokratischer Mitwirkung der Werktätigen

Nachteile des kapitalistischen Wirtschaftssystems

- Andauernde Konkurrenz
- Ungerechte Vermögensverteilung
- Inflation
- Diskriminierung
- Keine Arbeitssicherheit

Leitlinien der „sozial-liberalen Politik“

- Gering- und Mittelverdiener durch weniger Steuern entlasten
- Mitspracherecht der Arbeiter
- Mehr soziale Sicherung